

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Donnerstag, den 5 März 1801. Viertes Quartal.

Den 14 Ventose IX.

Gesetzgebender Rath, 7. Febr.

(Fortsetzung.)

(Beschluss des Gutachtens der Finanzcommission über
verkaufte Nationalgüter im Canton Baden.)

Die Verwaltungskammer wünschte seiner Zeit sehr,
diese Scheune zu einem Magazin bezubehalten. Allein
das Finanzministerium fand solches ganz unnöthig,
und den Verkauf eines Gebäudes, aus welchem, seines
guten baulichen Zustandes ungeachtet, so viel wie
Nichts zu ziehen war, dem Staat vortheilhaft. Man
ließ es eigens, und mit Vorsatz eher zu hoch als zu
niedrig schätzen. Dessen ungeachtet wurden noch 240
Fr. vorgelöst. Nebendem macht der B. Finanzminis-
ter in seinem Antrag an den Vollz. Rath, diesen Ver-
kauf zu genehmigen, die Bemerkung: Daß man dem
zu diesem Gebäude dienenden Wassergebrauch, welcher
dem ehevorigen Besitzer niemals erschwert wurde, nun-
mehr hingegen seit einiger Zeit mancherley Schwierig-
keiten in den Weg gelegt; wahrscheinlich Alles in der
Absicht, um Kauflustige abzuschrecken.

Aus allen diesen Gründen, B. G., müssen wir fin-
den, daß auch Ihnen die Genehmigung dieses Verkaufs
anzurathen sey.

2) Fünf Fuchart Wiesen und 4 $\frac{3}{4}$ Fuch. Ackerfeld,
die sogenannten Galgengüter zu Merendin-
gen: geschätzt 2672, verkauft 3216, vorgel. 544 Fr.

3) Eine Fuch. Schloßreben, nebst ungefehr
1 $\frac{1}{2}$ Fuch. Weidland: geschätzt 960, verkauft 1440,
vorgelöst 480 Fr.

4) Drey Fuch. Wiesen, nebst der darin stehenden
Schloßscheune: geschätzt 4000, verkauft 6000,
vorgelöst 2000 Fr.

Diese drey Verkäufe finden wir, gleich den drey
Behörden vor uns, ganz vortheilhaft, und daher Ihnen

B. G. die Ratifikation derselben ebenfalls anzurathen.
Eben so denjenigen

5) Der ehemaligen Canzley Baden: geschätzt
7200, verkauft 9760, vorgelöst 2560 Fr.

Obgleich auch über diesen Verkauf seiner Zeit ab
Seite der Verwaltungskammer allerley Einwendungen
gemacht wurden, deren mehr und mindere Begründung
aber, da das Schloß einweilen dem Staat beubehal-
ten wird, wegfällt; und dieses gar nicht alte Gebäude
einen weit bessern äußern Schein als innern Werth
darbietet.

B. Im Distrikt Bremgarten:

1 $\frac{1}{2}$ Fuch. Wiesen, 6 Fuch. Ackerfeld und 1 $\frac{1}{2}$
Fuch. Holzland, die Galgengüter zu Ober-
Bericken und Niel genannt: geschätzt 1304, ver-
kauft 1697 Fr. 6 bz., vorgelöst 393 Fr. 6 bz.

Auch den Verkauf dieser Güter, ungeachtet dieselben
bisher ungefehr den Zins der Schatzungssumme ein-
brachten, tragen wir Ihnen B. G. hauptsächlich ihrer
schlechten Lage, und hinwieder der angemessenen Ueber-
lösung wegen, ebenfalls zur Bestätigung an.

Aus dem Distrikte Sarmenstorf sind die in
demselben zum Verkauf ausgetobenen Güter; nämlich

1. Das Schloß und Schloßgüter Heidegg, ge-
schätzt 29500 Fr.

2. Das Gelfinger-Lehen, geschätzt 7067 Fr.

3. Das Sulzer-Lehen, geschätzt 4547 Fr.

4. Oberbühl, geschätzt 7240 Fr.

entweder gar nicht verkauft, oder die Verkäufe zu
wenig vortheilhaft befunden worden, um solche Ihrer
Genehmigung vorzuschlagen.

Noch sollen wir Ihnen B. G. zweyerley bemerken:

1) Daß der obervähnte Verbalprozeß mit sich bringt:
„Es habe der B. Ersenator Reding von Schweiz, auf

sämmtliche Güter im Distrikt Baden (mit Ausnahme der sogenannten Galgengüter zu Herendingen) in globo 16800 Fr. geboten, mit dem ausdrücklichen Ersuchen, dieses Gebots in dem Versteigerungsprozeß mit der beigefügten Aeußerung Erwähnung zu thun: „Daß so wie es jedem Kaufstüßigen freystehe, auf jedes besondere Stück zu bieten, was ihm beliebe, so be- halte er sich hinwieder vor, im Fall des Mehrbietens Anderer, entweder von dem Kauf abzustehen, oder aber ebenfalls erwähntes sein Gebot zu erhöhen.“ — Schon von dem bey der Versteigerung vorsitzenden B. Verwalter Wosfenbach wurde bemerkt: Daß, nach seinen Begriffen, der Sinn des §. 8. des Gesetzes vom 13. May 1800 bloß auf einzeln ausgebotene Nationalgüter und nicht auf eine Gesamtheit derselben in einem ganzen Distrikte zielen könne. In eben diesen Begriffen, B. G., stehen auch wir, und glauben demnach, daß über jenen Vorbehalt des B. Bedings (dessen mehrerwähntes Gebot Fr. 2640, unter dem Erlöse zu sehen kommt) weiter nicht einzutreten sey.

2) In dem nunmehr verkauften Canzley-Ge- bäude zu Baden ist bekanntlich ein beträchtliches Archiv verwahrt, welches nicht bloß alle, die ehemalige Grafschaft Baden betreffende Acta und Actitata, sondern auch zum Theil von den allerwichtigsten gemeinsamen Verhandlungen, mehrere Originalien von Bündes- und Friedenstraktaten, eine der reichhaltigsten Sammlungen von Abscheiden u. s. f. in sich faßt, ziemlich wohl geordnet ist, und in jeder Rücksicht die größte Aufmerksamkeit verdient. Auch hierauf scheint es zwar, habe man bey der Versteigerung des Gebäudes in so weit die nöthige Vorkehrung getroffen, daß solches dem Kaufbesteher erst auf künftigen April eingeräumt wird, um mittlerweile zum Transporte jener Archivschatze an irgend eine andre schickliche Stelle hinlängliche Zeit zu gewinnen. Indessen glauben wir, sollte der Vollz. Rath hierauf noch eigens aufmerksam gemacht werden, und schlagen Ihnen, B. G., zu dem End an denselben folgende Botschaft vor:

B. Vollz. Ráthe! Aus dem Verbalprozeß der Versteigerungen der Nationalgüter im Canton Baden erhellet: Daß bey dem Verkaufe des ehemaligen Canzleygebäudes, in Absicht auf das bisher in demselben verwahrte Archiv in so weit erforderliche Rücksicht genommen worden, daß dem Kaufbesteher das erstere nicht vor künftigen April eingeräumt wird, ohne Zweifel in der Absicht, um mittelweilen zum Transporte des letztern die nöthige Zeit zu gewinnen. Indessen

glaubt der gesetzg. Rath, Sie B. V. R. auch hierorts auf die ungemeine Wichtigkeit erwähnten Archivschatzes aufmerksam machen zu sollen, welcher bekanntlich nicht bloß alle die ehemalige Grafschaft Baden berührende Regierungs-Verhandlungen, sondern zum Theil auch die bedeutendsten Acta und Actitata, in Absicht auf die allgemeinen innern und äußern Verhältnisse in sich faßt. Der gesetzg. Rath ladet Sie daher ein, alle mögliche Vorbetrachtung zu thun: Daß bey der Räumung und Translocation dieses Archivs, unter Aufsicht eines bewährten Kenners, ein sicherer, möglichst feuerfester, und auch in andern Rücksichten vorzüglich schicklicher Ort zu desselben neuer Aufbewahrung ausersuchen, und besonders verhütet werde, daß die bisherige ziemlich wohl geordnete Einrichtung desselben in keinerlei Verwirrung gerathe.

Die Finanzcommission erstattet folgenden Bericht, dessen Antrag angenommen wird:

B. G. Die Tagver von Aum, Distrikt Muri, Canton Baden, verlangen Vertheilung ihrer Rechtsamen. Wald und Weid werden in 36 ganze oder 72 halbe Rechtsamen eingetheilt, die nach Wohlgefallen verpfändet oder veräußert werden können. Die Pfundhäuser (Aum und Eins) haben doppelte Berechtigung, und so würden bey der Theilung jedem derselben 9 Juch. Wald und 4 Juch. offenes Land zu Theil werden. Außerdem sollten noch 12 Juch. wohlbesetzter Wald unvertheilt bleiben, zu unvorgesehenen Bedürfnissen. Von 62 Besitzern begehren 35 die Vertheilung.

Die Gründe zur Vertheilung sind die gewöhnlichen: schlechte Benützung, Uebervortheilung der Armen von Seite der Reichen u. s. w. Einer der wesentlichen Gründe dagegen ist die Besorgniß, daß mehrere ihre Theile bald verkaufen, und so in Kurzem über nichts kommen möchten.

Zudem schlägt nun aber das Gesetz vom 16. Dec. 1800 ein, nach welchem keine Waldungen mehr vertheilt werden dürfen, und welches nebenbey noch Requisitionen vorschreibt, welche hier nicht befolgt worden sind.

Entwurf ins Protokoll.

Mehrere Tagelöhner und andere Bürger der Gemeinde Aum im Distr. Muri, C. Baden, haben von dem gesetzgebenden Rath begehrt, ihre nach Rechtsamen besitzenden, in Holz und Weide bestehenden Gemeingüter, unter die Antheilhaber derselben vertheilen zu dürfen. Auf den Bericht der Finanzcommission aber, und in Bedenken, daß einerseits das Gesetz vom 1sten December 1800, über die Theilung der Gemeingüter

dungen, eine solche Vertheilung der Waldungen einzuweisen gänzlich untersagt; anderseits dann die Petenten die Vorschrift dieses Gesetzes, in Bezug auf die Theilung der Allmend, nicht befolgt haben, indem sie weder die Theilungsart zur Prüfung vorgelegt, noch die Gründe derjenigen, die sich derselben widersetzen, eingegeben haben; so ist der gesetzgebende Rath in dieses Theilungsbegehren nicht eingetreten.

(Die Forts. folgt.)

Vollziehungsrath.

Beschluß vom 2. Jenner.

Der Vollziehungsrath auf Ansicht des Gesetzes vom 24. Wintermonat 1800. über die Niederlassung der Fremden; nach Anhörung des Ministers der innern Angelegenheiten,

beschließt:

1. Die Verwaltungskammern werden ohne Verzögerung die zufolge dem Gesetze vom 29. Weinmonat 1798. ertheilten Niederlassungsscheine zurückziehen, und dieselben zernichten.
2. Sie werden bey der Zurückziehung die bisherigen Inhaber auffordern lassen, den Vorschriften des Gesetzes vom 24. Winterm. ein Genüge zu leisten.
3. Die Niederlassungsscheine, die sie ertheilen, sollen vermittelt eines gedruckten Formulars ausgestellt werden.
4. Bey Bürgern der fränkischen Republik, die sich in Helvetien niederzulassen begehren, sollen die Zeugnisse des fränkischen Bürgerrechts als Heimatscheine angesehen, und abgenommen werden.
5. Wenn eine Verwaltungskammer in dem Fall ist, einem wirklich angesessenen Fremden, wegen widerholtem Ruhe und Ordnung störenden Betragen, den Niederlassungsschein zurückzugeben, so wird sie in den öffentlichen Blättern davon die Anzeige thun.
6. Die Verwaltungskammern werden den Ertrag der zu Händen der Nation bezogenen Niederlassungsgebühren vierteljährlich mit dem Obereinnehmer verrechnen.
7. Die Municipalitäten werden die den Gemeinden zukommende Hälfte dieser Gebühren bey der Einregistrirung der Niederlassungsscheine beziehen.
8. Zu dem Ende wird in jedem Niederlassungsschein der Betrag der Gebühr von Seiten der Verwaltungskammer angezeigt werden.

9. Die Verzeichnisse der in jedem Cantone angesessenen Fremden, welche die Verwaltungskammern der vollziehenden Gewalt einzusenden haben, sollen in tabellarischer Form abgefaßt seyn, und folgende Rubriken enthalten: den Vornamen, den Geschlechtnamen, das Alter, die Heimath und den Beruf des Fremden, die Anzeige ob er verheirathet und Familienvater sey oder nicht, die allfällige Aufenthaltszeit in Helvetien, den Niederlassungsort, die Art der Sicherheitshinterlage, und das Datum des Niederlassungsscheins.

10. Den Verzeichnissen der angesessenen Fremden, wird jedesmal ein anderes beygefügt werden, das mit Auslassung der nicht dahin passenden Rubriken, die Namen derjenigen Fremden, denen die Niederlassungsscheine verweigert worden, nebst den Gründen dieser Verweigerung, enthalten soll.
11. Die Fremdenverzeichnisse werden dem Minister der innern Angelegenheiten, zu Händen der vollziehenden Gewalt, zugesandt werden.
12. Die erste Einsendung derselben, soll mit Anfang Aprils 1801 geschehen.
13. Die nachherigen Verzeichnisse werden nur die später erfolgenden Niederlassungsbewilligungen, so wie auch die Umänderung oder Zurückziehung der bereits ertheilten, enthalten.
14. Auf den 1. April 1801, werden die Verwaltungskammern den Municipalitäten vollständige Verzeichnisse der in ihren Bezirken angesessenen Fremden abfordern, und dieselben mit den, bis zu diesem Zeitpunkt ausgestellten Niederlassungsbewilligungen vergleichen.
15. Sie werden hierauf diejenigen Fremden, welche sich als angesessen auf einem Municipalitätsverzeiße bezeichnen würden, ohne mit einem Niederlassungsschein versehen zu seyn, aus dem Canton und über die Grenzen der Republik weisen.
16. Der Beschluß des Vollz. Direktoriums vom 17ten Christm. 1798, ist hiemit aufgehoben.
17. Dem Minister der innern Angelegenheiten ist aufgetragen, über die Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses, welcher in das Tagblatt der Beschlüsse eingerückt werden soll, zu wachen.

Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 8. Jenner.

Der Vollz. Rath beschließt:

1. Der B. Merian von Basel sey zum Vorseher des